

Strosemann über die Bedeutung des Besuchs des französischen Unterrichtsministers.

Paris, 17. Sept. Einer der Begleiter des Unterrichtsministers de Monzie Guayou, hatte in Berlin eine Unterredung mit Minister Strosemann, worüber folgendes berichtet wird:

Berichterstatter: „Welche Bedeutung messen Sie dem Besuch de Monzie in Berlin?“

Minister: „Die Reise des Ministers de Monzie hat, wie Herr de Monzie selbst versichert, mit der auswärtigen Politik Frankreichs, die ja von Herrn Briand geleitet wird, nichts zu tun. Zweck der Reise des französischen Unterrichtsministers ist es, sich mit seinem preussischen Ministerkollegen über Fragen des kulturellen Austausches zwischen den beiden Nationen zu unterhalten. Die technischen Einzelheiten, die den Gegenstand dieser Unterhaltung gebildet haben, sind mir nicht bekannt.“

Berichterstatter: „Herr de Monzie hat jedoch heute mittag eine Rede gehalten, in der er seine Gedanken über die Ausgestaltung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich entwickelt hat.“

Minister: „Die Worte des Ministers de Monzie werden in der Tat die Hoffnung, daß der Besuch des französischen Ministers für die deutsch-französischen intellektuellen Beziehungen von Erfolg sein kann. Insbesondere scheinen die von dem Minister gemachten Vorschläge der Beteiligung Deutschlands an dem Institut international de collaboration intellectuelle, des Austausches von führenden Persönlichkeiten auf dem Gebiete der Wissenschaft, der wechselseitigen Beteiligung an Ausstellungen von Kunst und Kunstgewerbe in den beiden Ländern Anregungen zu sein, die in die Tat umgesetzt geeignet sind, das gewünschte Ziel zu erreichen. Auch ich bin der Meinung, wie der ehrwürdige Dekan der Sorbonne Ferdinand Brunot, daß es wider den gesunden Menschenverstand ist, wenn geistige Zusammenhänge benachbarter Völker durch politische Grenzen getrennt wird. Ich habe den Wunsch, daß der Besuch des französischen Ministers, abgesehen von dem ersten im aktiven Dienst befindlichen französischen Minister in Berlin seit dem zweiten Kaiserreich gemacht hat, das Ergebnis haben möge, das die beiderseitigen Unterrichtsminister von ihm erhoffen.“

Erst Sicherheit, dann Abrüstung!

Genf, 17. Sept. Die Fortsetzung der Aussprache des Ausschusses für die Abrüstungsfrage ergab, daß der holländische Vorschlag auf Schaffung einer besonderen Völkerbunds-Kommission für die Vorarbeiten zur Einberufung einer Abrüstungskonferenz gebilligt wird, sofern dieser Ausschuss eine beratende Tätigkeit ausüben soll.

Debski-Polen betonte, daß das automatische Inkrafttreten der militärischen Sanktionen als ein bedeutendes Mittel angesehen werden müsse, um den Grundgedanken des Genfer Protokolls Wirksamkeit zu verschaffen. Die Abrüstung könne erst nach voller Gewährleistung der Sicherheit in Angriff genommen werden. Im übrigen müsse für die Festlegung der Richtlinien für die Abrüstungsbestimmungen auch die Fähigkeit der einzelnen Länder zur Aufnahme des chemischen Krieges und zur industriellen Umstellung auf das Kriegsprogramm berücksichtigt werden.

Munch-Dänemark vertrat die Auffassung, daß das Gefühl der allgemeinen Sicherheit und des wahren Friedens nur durch Abrüstung erreicht werden könne. Er beantragte die Einsetzung einer Unterkommission, die unter Benutzung sämtlicher vorliegenden Resolutionen ein Programm ausarbeiten sollte, auf Grund dessen die von London-Holland beantragte Völkerbunds-Kommission die Vorarbeiten zur Abrüstungskonferenz aufnehmen sollte.

Engberg-Schweden sprach von der Enttäuschung, die eine weitere Vertagung der Abrüstungsfrage in der Welt hervorrufen würde und unterstützte den Antrag von Japan für die sofortige Aufnahme der Vorarbeiten für die Einberufung einer Abrüstungskonferenz, der eine wesentliche Verbesserung der von Quinones de Leon eingebrachten Resolution darstelle. Er wies auf die Bedeutung der großen Arbeitermassen für den Völkerbund hin, deren sich dieser zur Verhütung des Krieges bedienen solle. Er machte die persönliche Anregung, unterhalten zu lassen, ob nicht die Ausdrückung des Generalsirens im Falle eines Angriffskrieges als wichtige Ergänzung der Sanktionsmaßnahmen gegen die Angreifer mit dem Sanktionsystem verbunden werden könne.

Harst-England erklärte, man könne an die Einberufung der Abrüstungskonferenz erst dann herantreten, wenn die Sicherheit der Staaten gewährleistet sei.

Wer führt zur Sicherheitskonferenz?

Aus Berlin wird berichtet, daß maßgebende Persönlichkeiten aus den diplomatischen Kreisen der Entente in Berlin der Meinung sind, die Formulierung der schriftlichen Einladung an Deutschland schlechte Letztweges die Teilnahme anderer Minister neben Strosemann aus. Die schriftliche Einladung wiederholt zwar dem Sinn nach den Plan der Außenministerkonferenz; aber in Kreisen der Entente ist man der Auffassung, daß die deutsche Regierung bei der Zusammensetzung ihrer Delegation möglichst eigene Entscheidungsfreiheit haben soll. Man werde seitens der Alliierten allen deutschen Wünschen entgegenkommen. Was die rein „protokollarische“ Seite betrifft, so glaubt man, daß Mussolini an der Konferenz teilnimmt und folglich Reichskanzler Luther nicht der einzige Rabinetschef auf der Konferenz wäre. Allerdings würde eine Teilnahme Luthers nicht automatisch dazu führen, daß auch Baldwin und Painlevé an den Beratungen teilnehmen müßten. Insbesondere Painlevé sei durch seine Respektabilität als französischer Kriegsminister durch die Marokkofrage in Anspruch genommen. Jedenfalls müsse man jeder

Jeppekins Werk darf nicht untergehen!

Wenn jeder Deutsche nur 10 Pfennig spendet... so sprach Dr. Schöner, kann die Juppelwurst erhalten bleiben. Der Ruf, den der Führer des „S. R. S.“ an das deutsche Volk gerichtet hat, darf nicht in Vergessenheit geraten. Jeder Deutsche kann und muß nach seinen Kräften zur Erhaltung der Juppelwurst und zum Bau des Nordpolarkreises beitragen. Weht für die Juppelwurst!

Regierung das Recht lassen, sich nach den Bedürfnissen ihres Landes die Delegation zusammenzustellen, mit der einen Voraussetzung, daß die Außenminister jedenfalls vertreten sein müssen. Eine Antwort auf die alliierte Einladung ist seitens der deutschen Regierung noch nicht ergangen und wird frühestens für den Anfang der kommenden Woche erwartet.

Die tschechische Presse zur Garantiefrage.

Prag, 17. Sept. Die tschechische Presse bespricht mit Regener Beunruhigung die Enthaltung der Garantiefrage. Das Blatt des Ministerpräsidenten Benes erklärt die Gerüchte über eine Ostpakt-Konferenz als Täuschungsmittel für die bisherigen tschechischen Verbündeten der Westmächte. Polen habe sich bereits durch Verhandlungen mit Sowjetrußland zu decken begonnen, sobald Steschinski eingesehen habe, daß vom Westen nichts zu erwarten sei. Das Blatt stellt die Frage, ob auch die Tschechoslowakei weiterhin den Zuschauer spielen oder sich um die Einberufung einer Ostpakt-Konferenz im Nebenraum bemühen soll. Ein derartiges Vorgehen wäre der Tschechoslowakei unvorteilhaft, und sie möge daher ebenso wie Polen dort Beziehungen aufknüpfen, wo ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen tatsächlich liegen.

Das dem Außenministerium nahestehende Blatt „Ceske Slovo“ erklärt, daß auch die minimalen Ziele der deutschen Außenpolitik für die Tschechoslowakei gefährlich seien, die niemals die geringste Ueberbreitung der Friedensverträge gebildet habe. Wenn Strosemann sich hinter dem Bolschewismus verstecken wolle, müsse man gegenüber Deutschland eine energische und feste Politik fordern.

„Die Presse“ weist darauf hin, daß durch die Schuld Dr. Benesch die Tschechoslowakei in ein unvorteiliges Verhältnis zu Frankreich verwickelt worden sei und daß Frankreich mit der Tschechoslowakei auch nicht anders als mit seinen Balkanstaaten verhandeln werde. In diesem Falle würde die Stellung Benesch als Außenminister stark erschüttert sein. Vorläufig könnte ihn nur noch der Umstand retten, daß ihn die Nationalsozialistische Partei bis zu den Wahlen benötige.

Die Friedensbemühungen des Papstes.

Berlin, 18. Sept. Auf der brandenburgischen Provinzialtagung nahm gestern der frühere Reichskanzler Michaelis das Wort zu Ausführungen über die päpstliche Friedenssaktion und das angebliche englische Friedensangebot von 1917. In Hand von Alken, sowie des Protokolls des Untersuchungsausschusses des Reichstages und eines Schreibens an Hindenburg suchte Dr. Michaelis den Nachweis zu führen, daß eine etwaige Friedensbereitschaft der Entente von Erzberger durch die Veröffentlichung des geheimen Schreibens des Grafen Czernin an Kaiser Karl über die völlige Erschöpfung des österreichischen Heeres zerstört worden sei. Das päpstliche Angebot sei nur ein Wunsch des Papstes gewesen und das englische Angebot lediglich das Schreiben eines wohlwollenden englischen Privatmannes.

Ausbau der gewonnenen Stellungen in Marokko.

Paris, 17. September. Havas meldet aus Tanger: Im Abschnitt von Mellan hat eine spanische Abteilung in Verbindung mit einem französischen Bortrupp auf dem linken Lufkosufer bei einem Streifzug mehrere Gefangene gemacht. Bei den Beni Sekkar sind durch Bombenabwürfe 25 Mann getötet worden. In der westlichen Zone verhält sich der Gegner außer bei Abbia Zahar ziemlich ruhig. Seitern vormittag haben spanische Flugzeuge die bei der internationalen Brücke vor der Tangerzone liegenden Ortschaften bombardiert.

Nach Meldungen aus Melilla haben zwei feindliche Abteilungen die spanischen Posten von Sidi-Meliant, Uraou und von Bissi-Wia angegriffen. Sie wurden jedoch zurückgeschlagen. Da noch immer schlechtes Wetter auf See herrscht, konnten einige Transportschiffe die für Cecebillia bestimmten Truppen noch nicht landen.

Havas meldet aus Fez: Am 12. September soll der Gegner bei Bab Hussen 60 Mann an Toten und Verwundeten verloren haben. Von den Beni Mesudilla haben sich bisher 450 Familien unterworfen. Im Frontabschnitt des Wad Hadrin rücken sich die französischen Truppen in Verteidigungsstellung ein. In der Umgebung des Bibane-Bergzuges haben Reiter und Fußvolk die Umzingelung durchgeführt. Der Gegner verliert nach allen Richtungen zu fliehen. Die Verfolgung wurde sofort aufgenommen und hält noch an. Im Werga-Abchnitt haben die französischen Truppen die Gegend von Jadar und Aulou von Aufständischen gesäubert. Diese fliehen nach Norden. Beim 10. Armeekorps unterwerfen sich die Branes weiter. Trotz der Bedrohung durch aufständische Abteilungen beziehen die Truppen nach und nach ihre Lagerplätze. In der Nacht zum 15. September hat der Gegner bei seinem Angriff auf Tiffassen einen starken Truppenverband eingeseht. Nur durch den schnellen Vorstoß ist der Posten befreit und der Gegner unter schweren Verlusten zurückgeschlagen worden. Gegenwärtig herrscht in diesem Abschnitt vollkommen Ruhe.

Zulage für die Marokkotruppen.

Die Regierung hat beschlossen, den in Marokko kämpfenden Truppen eine tägliche Sonderzulage von 75 Cents für den einfachen Soldaten bis zu 5 Francs für den Offizier zu gewähren, die rückwirkend ab 1. September bezahlt wird.

Der Heidelberger Parteitag für Realpolitik.

Heidelbergl, 17. Sept. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Heidelberg hat heute die große politische Versammlung. Bei der Abstimmung über die Urträge zur Haltung der Reichstagsfraktion lagte der radikale Flügel eine längere Entschlüsselung vor, in der die Reichstagsfraktion aufgefördert wird, in allen künftigen Kämpfen ohne alle Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien mit aller Schärfe die Interessen des Proletariats so zu vertreten, daß auch die proletarischen Anhänger anderer Parteien in der Sozialdemokratie die Vertreterin ihrer Interessen erkennen und das große Meer klassenbewußter Proletarier vermehren.

Diese Entschlüsselung wurde mit 285 gegen 81 Stimmen abgelehnt

und mit großer Mehrheit eine Resolution des Referenten Reil angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung führt zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise, insbesondere zu einer Erhöhung der Preise, einer Erhöhung der Umsatzsteuer und einer Einschränkung der Lebenshaltung des Volkes. Statt der versprochenen Anknüpfung neuer Handelsbeziehungen mit dem Ausland droht der Abbruch der mit vielen Mühen angeknüpften Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen. Arbeitslosigkeit ist die notwendige Folge einer solchen kurzfristigen Politik, die in erster Linie den deutschen nationalen Parteinteressen dient.“

Die Finanzen des Reiches weisen bereits jetzt einen Ueberschuß von mehreren hundert Millionen auf. Er entstammt der drückenden Massenbelastung durch Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Verbrauchssteuern. Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, mit allem Nachdruck den Abbau der übermäßigen Steuerlasten zu erzwingen, um zu verhindern, daß der Ueberschuß in der Reichskasse zu ungeleglichen Begünstigungen des Besitzes verwendet wird.

Die von der Reichsregierung angekündigte Preislenkungsaktion ist ein Täuschungsmanöver. Wer die Voraussetzungen für Preissteigerungen auf allen Gebieten durch Massensteuern, Bölle und Abschneidung des deutschen Marktes von den billigeren Auslandserzeugnissen schafft, kann nicht gleichzeitig die Preise senken. Die freie Konkurrenz, das wichtigste Mittel in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zur Herstellung normaler Preisverhältnisse ist durch die Jolpolitik der Reichsregierung ausgegallert. Der Parteitag fordert deshalb die Parteiorganisationen auf, alle Aktionen der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf Anpassung ihrer Löhne und Gehälter an die erhöhten Preise mit allem Nachdruck zu unterstützen.“

Abgelehnt wurden die Anträge, die von der Fraktion die Ablehnung des Erats für die Reichswehr verlangten. Annahme fanden Entschlüsselungen gegen den Reichsschuldenfremdwort, gegen die Klassenjustiz und für den modernen Strafvollzug.

Der Parteitag wandte sich in seiner Nachmittags-sitzung wieder

dem Sachsentonflikt

zu. Die Sachsentonmission unterbreitete eine Entschlüsselung, in der es u. a. heißt: Der Parteitag billigt die bisherige Stellungnahme des Parteivorstandes und seine dauernden Bemühungen, den Sachsentonflikt einer Lösung entgegenzuführen und verlangt, daß die Fraktionsmehrheit und die Fraktionsminderheit sich wieder zu einer Fraktion zusammenschließen. Der Parteitag erklärt ferner, daß durch diesen Beschluß alle gegen sachliche Parteigenossen aus Umlage des Konfliktes anhängig gewordenen Ausschlußverfahren erledigt und die beteiligten Genossen wieder in ihre Parteirechte eingesetzt werden. Die Entschlüsselung wurde gegen die Stimmen der sächsischen Delegation angenommen.

Der Danziger Volkstag gegen das Gutachten zu dem Postkonflikt.

Danzig, 17. Sept. In der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses des Volkstages wurde der Bericht zur großen Frage des Abgeordneten Schwegmann über den Postkonflikt mit Polen entgegengenommen und dazu folgende Entschlüsselung einstimmig angenommen: Der Volkstag hat in seiner Sitzung vom 10. September 1920 zum Sachverständigengutachten der Postkommission des Völkerbundes Stellung genommen. Der Volkstag als die berufene Vertretung des Danziger Volkes bringt einmütig zum Ausdruck, daß die Behandlung Danzigs in der Frage des Postkonflikts als eine Verletzung der im Versailler Vertrag und in der Pariser Konvention festgelegten Rechte der Freien Stadt Danzig angesehen wird. Die von der Postkommission gezogenen Grenzen des Hafens sind nach Danziger Empfinden eine Ungerechtigkeit. Das Gutachten der Postkommission hat in Danzig starke Entrüstung hervorgerufen. Der polnische Postbetrieb in Danzig darf nach den Verträgen nur im Hafen liegen. Der Volkstag ist erkaunt, daß in dieser für Danzig lebenswichtigen Frage die Kommission keine Begründung für ihr Gutachten gegeben und die Danziger Darlegungen unberücksichtigt gelassen hat.

Der Volkstag erwartet, daß der Rat des Völkerbundes das vorliegende Gutachten nicht zur Grundlage seiner Entschlüsselungen machen wird.

Ueberreichung der belgischen Einladung.

Berlin, 17. Sept. Der Königlich Belgische Gesandte, Herr Coertis, suchte heute nachmittag den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. v. Schubert, auf und übergab ihm im Anschluß an den Schritt des französischen Botschafters und des englischen Geschäftsträgers ein Memorandum, das namens der Königlich Belgischen Regierung die Einladung zu einer Konferenz über den Sicherheitspakt enthält. Das Memorandum stimmt inhaltlich völlig mit dem französischen Memorandum und der englischen Note überein.